„Nein zum Krieg“? Die Grenzen der Haltung von Pedro Sánchez

Hinter der Friedensrhetorik verbergen sich die Ausrichtung auf die NATO und die Abhängigkeit von Europa. Die wahre Kraft gegen den Krieg kann nur aus Basisbewegungen auf der ganzen Welt entstehen.

Miguel González Cabezas, 09. März 2026

Als der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez als Reaktion auf den eskalierenden Konflikt mit dem Iran „Nein zum Krieg“ erklärte, wurde diese Aussage als prinzipieller Standpunkt für den Frieden dargestellt. Sie spiegelte eine Stimmung wider, die in Europa und weltweit weit verbreitet war: die Erschöpfung angesichts endloser Kriege und die Angst vor einer neuen regionalen Katastrophe. Doch Slogans sind keine Politik, und Erklärungen sind keine Taten. Wenn wir die politische Realität hinter dieser Aussage betrachten, hält die Behauptung nicht stand.

Drei Fakten decken den Widerspruch auf:

1. Spanien bleibt in die militärische Architektur des Krieges eingebunden

Eine echte „Nein zum Krieg“-Haltung würde einen Bruch mit den Strukturen bedeuten, die Krieg erst möglich machen. Spanien hat nichts dergleichen getan. Das Land ist nach wie vor ein engagiertes Mitglied der NATO, dem Bündnis, das das logistische, politische und strategische Rückgrat für westliche Militäroperationen bildet. Auf spanischem Territorium befinden sich wichtige Stützpunkte des US-Militärs, darunter der Marinestützpunkt in Rota und der Luftwaffenstützpunkt in Morón, die beide für die Machtausübung im Mittelmeerraum und im Nahen Osten unverzichtbar sind. Die Regierung hat die Nutzung ihrer Stützpunkte für Militäroperationen im Zusammenhang mit dem Krieg im Iran ausgesetzt.

Mit anderen Worten: Während die spanische Regierung rhetorisch ihren Widerstand gegen den Krieg bekundet, beteiligt sie sich weiterhin an der

militärischen Infrastruktur, die ihn ermöglicht. Der Widerspruch ist offensichtlich: Man kann sich nicht gegen einen Krieg stellen und gleichzeitig das Bündnis, das ihn führen könnte, materiell unterstützen. Würde Spanien es ernst meinen mit der Verhinderung einer Eskalation mit dem Iran, würde es zumindest darüber debattieren, die Nutzung seiner Stützpunkte für militärische Operationen im Zusammenhang mit dem Konflikt auszusetzen. Eine solche Diskussion hat nicht stattgefunden.

2. Die europäische diplomatische Linie folgt letztlich Washington

Sánchez' Erklärung passt auch in ein breiteres europäisches Muster: rhetorische Vorsicht gepaart mit politischer Angleichung an die Vereinigten Staaten. Europäische Regierungen präsentieren sich oft als mäßigende Stimmen, die zu Zurückhaltung und Dialog aufrufen.

Doch wenn entscheidende Momente kommen – Sanktionsregime, militärische Koordination, Austausch von Geheimdienstinformationen oder logistische Unterstützung – reiht sich Europa wieder hinter Washington ein.Dies ist nicht einfach eine Frage des Drucks seitens der Vereinigten Staaten. Es spiegelt die strukturelle Realität der europäischen Sicherheitspolitik wider. Seit Jahrzehnten stützt sich der Kontinent über die NATO auf die militärische Verteidigungskraft der USA. Infolgedessen verfügen europäische Regierungen über begrenzte Autonomie (wie ich bereits dargelegt habe, ist diese Einschränkung sogar in Artikel 42 der EU-Verfassung verankert), wenn Krisen auftreten. Selbst wenn Staats- und Regierungschefs Vorbehalte äußern, bleibt der Rahmen, in dem sie agieren, fest atlantisch geprägt.

So wird der Satz „Nein zum Krieg" eher zu einer diplomatischen Haltung als zu einer echten politischen Position. Er signalisiert Besorgnis, vielleicht sogar Uneinigkeit mit Aspekten der US-Politik, aber er stellt das strategische System, das diese Kriege überhaupt erst hervorbringt, nicht in Frage.

3. Die Sprache des Friedens ersetzt politisches Handeln

Das dritte Problem ist politischer Natur. Äußerungen wie die von Sánchez dienen

als Ventil für die öffentliche Meinung. In den Völkern Europas herrscht tiefe Ablehnung gegenüber einem weiteren Konflikt im Nahen Osten. Sánchez weiß das. Indem er die Sprache des Friedens, das „Nein zum Krieg“, übernimmt, positioniert er sich rhetorisch auf der Seite der öffentlichen Stimmung. Tatsächlich erklärt dies die Fülle an Reaktionen in den Mainstream-Medien und sozialen Medien.

Doch Worte ohne Taten können den Widerstand eher schwächen als stärken. Wenn die Menschen glauben, ihre Regierungen seien bereits gegen den Krieg, verflüchtigt sich der Druck für echte Veränderungen. Das Ergebnis ist ein bekanntes Muster: Regierungen sprechen die Sprache des Friedens, während sie weiterhin im Rahmen derselben Militärbündnisse, Sicherheitsdoktrinen und geopolitischen Strategien agieren, die immer wieder Konflikte hervorrufen. Das Gefühl der Handlungsunfähigkeit wächst in der Bevölkerung, während wir alle die steigenden Preise für Lebensmittel und Öl beobachten. Das perfekte Rezept für den rechtsextremen Faschismus.

In diesem Sinne ist der Slogan politisch opportun. Er ermöglicht es Sánchez, auf die Sorgen der Öffentlichkeit einzugehen und gleichzeitig jede echte Konfrontation mit den Strukturen der westlichen Macht zu vermeiden.

Ein tieferer Widerspruch

Nichts davon bedeutet, dass Sánchez persönlich Krieg will. Der Widerspruch ist eher systemischer als individueller Natur. Sozialdemokraten versuchen oft, zwei unvereinbare Positionen in Einklang zu bringen: treue Partner innerhalb des westlichen Bündnisses zu bleiben und sich im Inland als Kräfte für Frieden und Diplomatie zu präsentieren.

Doch wenn diese Positionen aufeinanderprallen, gewinnen die Bündnisverpflichtungen. Das ist immer so. Vom historischen Verrat der SPD im Jahr 1914, als sie für die Kriegskredite stimmte, die die Katastrophe des Ersten Weltkriegs ermöglichten, bis hin zum Jahr 1986, als der sozialdemokratische spanische Ministerpräsident Felipe González seine frühere Ablehnung der NATO aufgab und sich dafür einsetzte, dass Spanien im Bündnis verbleibt, wodurch er dazu beitrug, einen Sieg der „Ja“-Stimmen im Referendum zu sichern.

Deshalb klingt der Slogan „Nein zum Krieg“ zwar beruhigend, bedeutet aber

letztlich sehr wenig ohne konkrete Maßnahmen. Die Menschen sind bloßer Slogans überdrüssig. Bei einem Top-down-Ansatz wären die Verweigerung militärischer Beteiligung, die Infragestellung der NATO-Mitgliedschaft oder die Mobilisierung einer internationalen diplomatischen Opposition echte Schritte, um den Krieg zu stoppen. Ohne solche Maßnahmen bleibt die Erklärung symbolisch.

Die eigentliche Frage: Woher kommt der Widerstand?

Gleichzeitig geschieht weltweit etwas anderes. Überall auf der Welt, von Europa bis zu den Vereinigten Staaten, von Lateinamerika bis in Teile des Nahen Ostens, wächst die Ablehnung endloser Kriege und imperialer Interventionen in der Bevölkerung. Nach Jahren der Verwüstung hat der Krieg in der Ukraine das Gefühl verstärkt, dass Konflikte zwischen Großmächten wieder im Mittelpunkt der Weltpolitik stehen. Gleichzeitig eskalieren die Spannungen an anderen Orten, von der Konfrontation mit dem Iran bis hin zu erneuten US-Druckmaßnahmen in der Karibik gegen Kuba und Venezuela, begleitet von einer Wiederbelebung der Monroe-Doktrin und Washingtons Anspruch auf Vorherrschaft in der westlichen Hemisphäre. Die Erinnerung an den Irak und Afghanistan lastet noch immer schwer. Viele Menschen erkennen das Muster: Krisen eskalieren, humanitäre Argumente werden vorgebracht, und ein weiterer Krieg wird unvermeidlich.

Diese Stimmung in der Bevölkerung ist real. Sie ist weit verbreitet. Und sie hat das Potenzial, die Politik auf wirkungsvolle Weise zu prägen. Aber sie führt nicht automatisch zu Regierungsmaßnahmen. Demokratisch-liberale Institutionen absorbieren und neutralisieren den Druck gegen den Krieg oft, anstatt ihn zum Ausdruck zu bringen. Parlamentarische Debatten, diplomatische Erklärungen und symbolische Gesten erwecken den Anschein von Widerstand, lassen die zugrunde liegenden Strukturen jedoch unberührt. Regierungen wie die von Sánchez können die Stimmung gegen den Krieg anerkennen, ohne darauf zu reagieren.

Das Ergebnis ist eine sich vergrößernde Kluft zwischen der öffentlichen Meinung und der offiziellen Politik. Es gibt einen weltweiten Willen der Bevölkerung, sich gegen Trump und den Imperialismus zu stellen. Pedro Sánchez wird dies nicht tun. Wenn sich eine bedeutende Opposition gegen den Krieg formieren soll, wird sie wahrscheinlich eher von unten als von oben kommen: von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Antikriegsnetzwerken und der internationalen

Zivilgesellschaft, statt von vorsichtigen Regierungen, die innerhalb der NATO-Strukturen agieren.

Dies weist auf eine umfassendere politische Lehre hin. Liberale Institutionen allein beenden Kriege selten. Historisch gesehen gingen die stärksten Einschränkungen des Militarismus von organisiertem Druck der Bevölkerung aus. Von den Massenprotesten, die zur Beendigung des Vietnamkriegs beitrugen, bis hin zum revolutionären Umsturz von 1917 in Russland haben Massenbewegungen oft Kriege in Frage gestellt, die Regierungen entschlossen waren fortzusetzen.

Wenn die globale Mehrheit wirklich einen weiteren katastrophalen Konflikt im Nahen Osten oder, schlimmer noch, einen Dritten Weltkrieg verhindern will, werden Besorgnisbekundungen von politischen Führern nicht ausreichen. Was erforderlich ist, ist organisierter Druck der Bevölkerung, der Regierungen dazu zwingen kann, anders zu handeln, oder sie durch solche zu ersetzen, die dies tun werden. Die Geschichte lehrt uns eine schmerzhafte Lektion: Gesellschaften werden nicht demokratischer, weil Eliten sich für den Frieden entscheiden, sondern weil gewöhnliche Menschen sich organisieren, kämpfen und sich erheben, um die politische Ordnung selbst zu verändern. Diese Revolutionen sind selten einfach und oft verlustreich, aber sie sind die Momente, in denen Gesellschaften wirklich neu gestaltet werden. Der Kampf gegen den Krieg, gegen imperiale Herrschaft und für echte Demokratie führt letztendlich zum selben Ziel: dem Sozialismus. Und das ist eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Der Artikel erschien auf dem Blog von Miguel González Cabezas. Wir haben ihn automatisiert übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.